

Ressort: Politik

Öney warnt vor einseitiger Einwanderungsdebatte

Berlin, 06.03.2015, 17:36 Uhr

GDN - Die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) hat davor gewarnt, die Diskussion über Einwanderung auf ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild zu beschränken. "Es ist eine Illusion zu glauben, dass mit der Einführung eines Punktesystems nur noch hochqualifizierte Akademiker zu uns kommen. Asylbewerber, EU-Binneneinwanderer und Menschen, die auf dem Wege der Familienzusammenführung oder durch Heirat zu uns kommen, sind eine dauerhafte Herausforderung für unsere Integrationspolitik", sagte Öney der F.A.Z. (Samstagsausgabe).

Die Schwierigkeiten und die Bedeutung der Integrationspolitik würden noch immer "völlig unterschätzt". Die SPD-Bundestagsfraktion hatte am Wochenanfang ein Positionspapier zur künftigen Einwanderungspolitik vorgelegt. Das Papier des SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann, so Öney, sei "differenziert" und gebe wichtige Impulse, es müsse aber stärker über die Verbesserung der Integrationspolitik sowie über "hausgemachte Probleme" diskutiert werden. Es sei richtig, so Öney, sich um "qualifizierte Zuwanderer" zu bemühen, die SPD müsse sich aber stärker um Probleme kümmern, die mit Einwanderung nichts zu tun hätten: "Da wäre zum Beispiel eine Familienpolitik, die an den demographischen Problemen trotz hoher Kindergeldzahlungen bisher nicht viel ändern konnte. Das wäre auch ein Umgang mit den bei uns ausgebildeten Hochqualifizierten, die wir zum Beispiel durch schlechte Arbeitsbedingungen für Ärzte aus dem Land treiben. Auch unsere Integrationspolitik läuft nicht immer so linear und reibungslos ab, wie wir uns das wünschen", sagte die Ministerin. Integration von Einwanderern setze "sozialen Frieden" voraus, man müsse berücksichtigen, dass "zwei Drittel der Deutschen nach Studien keine weitere Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten" wollten, und "etwa fünfzig Prozent der Deutschen auch einen weiteren Zuzug von Bürgern aus EU-Mitgliedstaaten" ablehnten. "Wir können nicht unüberlegt Einwanderer ins Land holen, weil die Wirtschaft Arbeitskräfte braucht, und die Menschen dann wieder weg schicken, wenn die Wirtschaft sie nicht mehr braucht", sagte Öney der F.A.Z. Die Integrationsminister der Länder seien sich einig, dass man allen Asylbewerbern mit Bleibeperspektive auch Integrationskurse anbieten sollte. "Das kostet im Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag, den die Bundesregierung dem Bundesamt für Migration bewilligen muss", forderte Öney.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-50930/oeney-warnt-vor-einseitiger-einwanderungsdebatte.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619